

## 1. EINLEITUNG

„Vielfalt ist einer der Schlüssel für die Akzeptanz von Medien. Die Leser müssen das Gefühl haben, dass sie nicht einer einzelnen Meinung ausgesetzt sind. Reicht die Vielfalt in Deutschland aus? Wenn ich morgens manchmal durch den Pressespiegel meines Hauses blättere, habe ich das Gefühl: Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch.

Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter. Wie viele Redakteure wollen Steuersenkungen, Auslandseinsätze, Sanktionen? Und wie viele Leser? Sie müssen nicht dem Leser nach dem Munde schreiben, genauso wenig wie wir Politiker nur auf Umfragen starren sollten. Aber Politiker und Journalisten gleichermaßen sollten die Bedürfnisse ihrer Leser und Wähler nicht dauerhaft außer acht lassen.

Als Leser und als Politiker wünsche ich mir klare Worte meiner Zeitung. Ihr Urteil sollte aber auch fundiert sein, und es sollte am besten noch ein erkennbar eigenes Urteil – und unterschieden von der Nachricht – sein. Ich will nicht den Eindruck haben, dass alle das Gleiche schreiben, das macht misstrauisch.“<sup>1</sup>

Diese Einschätzung äußert der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier in einer Rede vor Journalist:innen am 14. November 2014. Anlässlich der Verleihung der Lead-Awards, einer jährlichen Auszeichnung für Medienschaffende, beschreibt er seine eigenen Beobachtungen einer Homogenisierung der (Print-)Medien, die besonders im Zusammenhang mit und zur Zeit der Ukraine-Krise<sup>2</sup> Presse und Öffentlichkeit stark be-

---

1 Steinmeier 2014, URL:<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/141115-rede-bm-anlaesslich-verleihung-lead-awards/266898> [Original: 14.11.2014, Abruf: 27.09.2021].

2 Unter Ukraine-Krise wird hier und im Folgenden, wo nicht anders angegeben, die Krim-Krise mit verstanden, da die Halbinsel Krim völkerrechtlich zur Ukraine gehört und zum Zeitpunkt des Beginns der Krise noch faktisch Teil der Ukraine war. Wo es im Folgenden jedoch spezifisch um die Krim-Krise geht, wird dieser Begriff verwendet.

schäftigen. In seiner Rede stellt Steinmeier die vielen Felder dar, auf denen die Medien herausgefordert werden – Auflagen- und Anzeigenrückgang, Sparzwang angesichts neuer Konkurrenz aus dem Netz. Dabei formuliert er Kritik an einem falsch verstandenen geteilten Elitenwissen, dessen Position von vielen Journalist:innen gemeinsam, aus einer privilegierten Position heraus und in Übereinstimmung mit einer staatlichen Politik<sup>3</sup> vertreten wird – ein Verhalten, das ihn misstrauisch macht. Dem Gleichklang von Politik und Journalismus stellt er den normativen Aufruf an alle Schreibenden entgegen, sich eine unabhängige, eigene Meinung zu bilden und diese auch gegenüber der Bevölkerung und Leserschaft zu vertreten. In der Positionierung für ein eigenes Urteil liegt demnach Wiedererkennbarkeit und Einzigartigkeit der einzelnen journalistischen Stimme sowie darüber (hinaus) der Schlüssel zur Meinungsvielfalt<sup>4</sup> in den Medien.<sup>5</sup>

Bis heute liegt keine breit angelegte empirische Studie zur Frage der Meinungsvielfalt in der Ukraine-Berichterstattung vor, obwohl im Rahmen der Ukraine-Krise 2013/2014 Vorwürfe von zu großer Homogenität besonders zutage traten. Diese Vorwürfe kamen aus unterschiedlichen Richtungen und kritisierten die Medien teils sehr polemisch und einseitig,

---

3 Hier verstanden in Abgrenzung von nicht staatlicherseits verteilter Politik wie außerparlamentarischer Opposition, Zivilgesellschaft, bürgerschaftlicher Proteste oder Bewegungen.

4 Der Begriff der Vielfalt hat seit 2014 bis heute einen neuen Schwerpunkt in der öffentlichen Diskussion erhalten. In der wissenschaftlichen Debatte bereits deutlich früher aufgetaucht, bezieht er sich heute nicht mehr vor allem auf die Vielfalt der Inhalte, sondern im Sinne der gesellschaftlichen Repräsentanz auch auf die Vielfalt der Schreibenden. Diese Arbeit beschäftigt sich nicht mit der Frage der Identität der Journalist:innen, sondern konzentriert sich auf die Untersuchung einzelner Texte und die darin salient gemachten Aussagen. Vielfalt wird daher hier als Vielfalt von in diesen Texten vertretenen Meinungen verstanden.

5 An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass der Anspruch der Pluralität stets gegeben ist, bei privaten Medien (Presse und Telemedien) aber anders hergestellt wird als in öffentlich-rechtlichen Medien. Die Ersteren stellen sie in der *Medienlandschaft* her, während die anderen sie per Gesetz im jeweils eigenen *Medienorgan* abbilden sollen: „Während für Presse und Telemedien das außenplurale System greift, gilt für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk das binnenplurale System. Dies wird entscheidend mit Vielfaltsüberlegungen gerechtfertigt, denn es könne für den Rundfunk nicht ohne weiteres unterstellt werden, dass das Programmangebot in seiner Gesamtheit ausreichend vielfältig gerate; insofern sei nämlich ungewiss, ob wenigstens ein nennenswerter Teil der gesellschaftlichen und geistigen Richtungen tatsächlich zu Wort kommen. Daher ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk zur Ausgewogenheit und Vielfalt verpflichtet, bei der es zwar nicht auf die inhaltliche Qualität des Rundfunkprogramms ankommt, die aber im Prinzip zumindest allen Tendenzen Raum gibt.“ (Deutscher Bundestag 2016, S. 8)

prägten aber den öffentlichen Diskurs. Unabhängig der Fragen, ob diese Kritik eine Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung war und nicht sachgerecht formuliert, so bedeutet das nicht, dass sie inhaltlich keinerlei Berechtigung hatte bzw. nicht auf tatsächliche blinde Flecken hinwies. Daher werden diese Vorwürfe in der vorliegenden Arbeit genannt, zusammengefasst, aber getrennt von der Empirie eingeordnet. War der durch sie strukturierte Diskurs Anlass dieser Untersuchung, so wird die empirische Untersuchung selbst dezidiert textbasiert durchgeführt und die Ergebnisse sind daher als Meinungs-Destillate der Presstexte unabhängig von den Vorwürfen zu betrachten.

Aus den reichweitenstärksten deutschen Printmedien während der Hochphase der Ukraine-Krise (Februar-März 2014) wurde ein Korpus derjenigen Artikel definiert, in denen die Meinungsdichte erwartbar am höchsten ist, nämlich aus Leitartikeln, Aufmachern und kommentierenden Textgattungen. Meinung wird hier verstanden als das „Fürwahrhalten von etwas, das nicht begründet oder bewiesen ist“ (Kirchner et al. 2013, S. 406) und dazu nach Hegel als „eine subjektive Vorstellung, ein beliebiger Gedanke, eine Einbildung, die ich so oder so, und ein anderer anders haben kann. Eine Meinung ist mein; sie ist nicht ein allgemeiner, an und für sich seiender Gedanke“ (ebd.). Dem Begriff der Meinung gegenüber hat der Begriff des *Frames* einige Vorteile. Über die individuelle Meinung hinausgehend lässt ein Frame gerade „verallgemeinerbare Aussagen über Deutungsstrategien oder Typen von Deutungen“ (Eilders 2004, S. 133) zu und legt „Tiefenstrukturen öffentlicher Meinung“ (ebd.) offen. In diesem Sinne wird hier auch der Begriff des Meinungskorridors verwendet, nämlich als ein *kollektives* Fürwahrhalten durch Journalist:innen in Form von Strukturen geteilter Einordnung und Interpretation politischer Ereignisse im öffentlichen Raum. Von der einzelnen Meinung abzugrenzen ist Wissen im Sinne eines bewiesenen Fürwahrhaltens und damit im Sinne eines Fakts.

„Die These, dass es keine objektive Erkenntnis im Sinne einer voraussetzungsfreien Einsicht gibt, ist richtig. Die Folgerung daraus, dass jede Einsicht subjektiv und daher gleichermaßen angemessen oder unangemessen ist, ist jedoch falsch. Die These, dass die Realität im umfassenden Sinn nicht erkennbar ist, ist richtig. Die Folgerung, dass Realität deshalb nicht erkennbar ist, ist jedoch falsch. Die These, dass jede Realität letztlich eine Konstruktion ist, in die auch ihre Konstruktionsbedingungen eingehen, ist richtig. Die Folgerung daraus, dass alle Konstruktionen von Realität gleich richtig oder falsch sind, ist jedoch falsch.“ (Kepplinger 2011, S. 15)

In der Berichterstattung sollten daher gesicherte Fakten auch nicht zur Verhandlung stehen, sondern klar als solche benannt werden – Einordnungen und Interpretationen hingegen stehen zur Diskussion und machen gerade den journalistischen und öffentlichen Diskurs aus. Gerade in polarisierten Zeiten, in denen viel Desinformation und Propaganda im Umlauf sind, darf es dabei nicht um eine wertfreie Nebeneinanderstellung gegensätzlicher Meinungen gehen, von denen eine nachweislich falsch ist. Besonders in solchen Zeiten zeigt sich im Journalismus aber der Wert des Grundsatzes „Auditor et altera pars“, was bedeutet: Das Urteil darf erst gefällt werden, wenn die Gegenseite gehört wurde – selbst wenn das nichts am Urteil ändert. Nur so ist es nachvollziehbar bzw. wird transparent gefällt.

Das *Erkenntnisinteresse* dieser Arbeit ist es, die Meinungsvielfalt in den ausgewählten Texten im Sinne der Pluralität der Argumente zu eruieren. Die (intersubjektiv geteilte) Meinung fasst sie theoretisch über den Begriff des Frames, für diesen legt sie eine operationalisierbare Definition fest und macht Meinungsspektren auf diese Weise medienübergreifend und intersubjektiv nachweisbar. Sie folgt dabei den Fragevektoren, welche Frame-Schwerpunkte in der Berichterstattung nachweisbar sind, wo sich diese inhaltlich konzentrieren, wie in sich ausdifferenziert sie sind, zu welchen Zeiten sie jeweils auftreten sowie in welche Bezüge und Kontexte exponierte Personen gestellt werden. Daraus abgeleitet lässt sich auch beantworten, welche Themen salient gemacht werden, sowie ob und in welcher Form Redaktionslinien der einzelnen Medien erkennbar sind.

Das Jahr 2014, in dem der Untersuchungszeitraum liegt, ist von einer *doppelten Krise* geprägt: Die Ukraine-Krise als Krise erster Ordnung findet in Nachbarschaft und mit unmittelbarem Bezug zur EU statt und besorgt die Menschen auch hierzulande,<sup>6</sup> während die Krise zweiter Ordnung sich im Vertrauensverhältnis der Medien zu ihrem Publikum abspielt. So melden sich im Jahr 2014 konstruktiv-kritische und renommierte wie auch polemische und undifferenziert-destruktive, bis hin zu diffamierenden Stimmen aus Wissenschaft, Politik und Journalismus zu Wort. Besonders betrifft diese Kritik die Berichterstattung zur Ukraine-Krise und deckt sich dabei weitgehend mit der von Bürger:innen, die sich in Form von Beschwerden und Fehler-Hinweisen ebenfalls in den öffentlichen Diskurs einmischen. Die Kritiker:innen verbindet, dass sie die Berichterstattung

---

6 Diese Krise erster Ordnung, die Ukraine-Krise, wird in dieser Einleitung weiter unten besprochen, da es hier zunächst um den Kern der Arbeit gehen soll: die Ukraine-Berichterstattung.

zur Ukraine-Krise als eingeengt oder einseitig empfinden, nämlich als anti-russisch oder pro-europäisch<sup>7</sup>, vereinzelt auch als zu pro-russisch. Ziel ihrer Kritik sind dabei Formulierungen und Begrifflichkeiten sowie Schwerpunktsetzungen in sowohl Zeitungs- wie Rundfunkberichterstattung.

Nicht für die Öffentlichkeit gedacht, wurde beispielsweise der Inhalt des Bestätigungsschreibens des ARD-Programmbeirats der bei ihnen eingegangenen Publikumskritik vom Onlinemagazin Telepolis veröffentlicht. Im zugänglichen Bericht heißt es:

„Der Programmbeirat der ARD kritisiert auf seiner Sitzung im Juni 2014 die Berichterstattung der größten öffentlichen Medienanstalt über den Ukraine-Konflikt. Die ausgestrahlten Inhalte hätten teilweise den ‚Eindruck der Voreingenommenheit erweckt‘ und seien ‚tendenziell gegen Russland und die russischen Positionen‘ gerichtet, heißt es im Resümee aus dem Protokoll (PDF) des neunköpfigen Gremiums, das Telepolis vorliegt. [...] Anlass für diese Maßnahme, welche der Beirat selbst als ‚ungewöhnlich‘ bezeichnet, war die breite Kritik aus den Reihen des Publikums an der Ukraine-Berichterstattung im Ersten. Die Zuschauer beklagten ‚Einseitigkeit zulasten Russlands, mangelnde Differenziertheit sowie Lückenhaftigkeit‘, heißt es dazu im Bericht.“<sup>8</sup>

Gerade der Begriff des „Putin-“ oder „Russland-Verstehers“ wurde zu dieser Zeit prominent verwendet und wird zur selben Zeit von der Gesellschaft für deutsche Sprache gerügt wie der Begriff der „Lügenpresse“. Letzterer wird gar zum „Unwort des Jahres 2014“ gekürt (vgl. Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft 13.01.2015, S. 1). Dass es gerade diese

---

7 In Ermangelung eines Adjektivs von „EU“ wird in dieser Arbeit der auch in der Presse dominante Begriff „pro-europäisch“ übernommen. Präziser wäre indes ein Adjektiv wie „EU-europäisch“ in Anlehnung an „US-amerikanisch“ oder „bundesdeutsch“.

8 Das Dokument war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Es liegt nach eigenen Angaben Telepolis vor, auf die alle anderen verweisen, damit handelt es sich nicht um gesicherte Informationen nach dem Zwei-Quellen-Prinzip. Gleichwohl gab es Programmbeschwerden, die öffentlich einsehbar sind, und die ähnliche Vorwürfe formulieren. Hier zitiert nach Daniljuk 2014, URL: <https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-Konflikt-ARD-Programmbeirat-bestaetigt-Publikumskritik-3367400.html>, Original: 18. September 2014 [Abruf: 22.12.2020] Weitere Beschwerden zur Russland- und Ukraineberichterstattung können in folgendem Blog-Archiv eingesehen werden: Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e.V., URL: <http://forum.publikumskonferenz.de/viewforum.php?f=43&sid=d9bc2371706ff4ea4368f36faf1e201d>, [Abruf: 18.10.2021].

## 1. EINLEITUNG

beiden Begriffe unter die erstplatzierten Rügen der Sprachwissenschaft geschafft haben, zeigt die Intensität der damaligen Diskussion im und rund um den Komplex dieser doppelten Krise erster und zweiter Ordnung.

„Was im Frühjahr 2014 mit massivem Ärger über eine als unausgewogen empfundene Ukraine-Berichterstattung und ein zu negatives Russland-Bild begann, schwoll zu einer Fundamentalkritik an, die mit den Schlagworten «Mainstream-Medien», «Gleichschaltung», «Systemmedien», und «Lügenpresse» umrissen werden kann und die in ganz unterschiedlichen politischen Lagern und Milieus geteilt wird.“ (Krüger 2016, S. 7)

Mit dem radikalen Begriff der „Lügenpresse“, der verstärkt auf Demonstrationen skandiert und im Internet verbreitet wurde, hielt eine demokratiegefährdende Verrohung wieder Einzug in die Alltagssprache. Der Begriff hat eine ebenso problematische Konnotation wie eine schwierige Geschichte, wurde er doch bereits im Ersten Weltkrieg zentraler Kampfbegriff und diente auch den Nationalsozialisten zur pauschalen Diffamierung unabhängiger Medien (vgl. Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft 13.01.2015, S. 1). Dabei ist der pauschale Vorwurf der beabsichtigten Lüge wissenschaftlich nicht nachweisbar:

„Zum Lügen gehört allerdings mehr, nämlich die Unwahrheit wesentlich zu verbreiten. Dass man dies den deutschen Medien pauschal vorwerfen könnte, dafür finden sich in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung keine Belege.“ (Hagen 2015, S. 153)

Es ist 2014 noch nicht abzusehen, ob es sich bei der Renaissance des Begriffs der „Lügenpresse“ um eine zeitlich begrenzte Entwicklung handelt, die Phänomenen wie der hohen Aufnahme von Geflüchteten und der Ukraine-Krise geschuldet ist, oder ob dieses Unbehagen in eine Erosion, in eine handfeste Krise des Vertrauens in die etablierten Organe von Presse und Rundfunk münden würde.

„Ohne Vertrauen in öffentliche Kommunikation, in die kommunizierten Inhalte und die Institutionen, die diese Inhalte verbreiten, ist eine demokratische Willensbildung nicht möglich. Vertrauensverletzungen führen zu dysfunktionalem Verhalten, z. B. Unterstützung populistischer Parteien, Abkehr von der Politik.“<sup>9</sup>

---

9 Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen o.J., URL: <https://medienvertrauen.uni-mainz.de/initiative/> [Abruf: 18.08.2022].

Ebendieses dysfunktionale Verknüpfen und Zusammendenken wurde im Kontext der Proteste 2014 gegen Politik, Presse und Autoritäten diffus und miteinander vermischend, gespickt mit Desinformation und Verschwörungsnarrativen, besonders sichtbar.

Tsfati und Capella zählen diejenigen Komponenten auf, die Medien Vertrauen in der Gesellschaft sichern und die als *journalistische Maximen* bezeichnet werden können: „accuracy“, „fairness“, „unbiasedness“, „trust-worthiness“ und „telling the whole story“ (vgl. Tsfati, Cappella 2003, S. 507), wobei das letztere von der BBC im Rahmen einer Dokumentation zum Scharfschützen-Einsatz während der Maidan-Proteste auch „the full picture“<sup>10</sup> genannt wird. Dieser Anspruch, per se in Berichterstattung durch einzelne Berichterstattende nur punktuell herstellbar, wird in Krisensituationen mit all den darin verflochtenen Interessenlagen, sich überschlagenden Ereignissen und der oft unklaren Quellenlage zu einem besonders schwierigen Unterfangen. Erst im Zusammenwirken zwischen redaktioneller Aufbereitung von Hintergründen und unterschiedlichen Meinungsbeiträgen kann man sich diesen journalistischen Maximen nähern.

Wie es bereits für eine akkurate Faktenlage gilt, stellt auch eine ausgewogene Frame-Landschaft mehr ein Ideal im Sinne einer einzuschlagenden Richtung dar. Dabei geht es nicht darum, jede Propaganda zu referieren, sondern im Sinne der Tatsachen gültige Meinungen zu diskutieren. In der so entstehenden Landschaft (bzw. Landkarte, vgl. Kapitel 3.3.1 und sechs) sollten dann jedoch möglichst viele relevante Argumente und Perspektiven enthalten sein – was zu Fairness in der Berichterstattung führt und im Umkehrschluss auf Unvoreingenommenheit in der journalistischen Arbeit und Sorgfalt in der Themenwahl hinweist.

Dem nachfolgend vorgestellten Forschungsdesign liegen die einleitend bereits benannten Fragevektoren zu Grunde, die sich hier als *Forschungsfragen* formulieren lassen:

- Welche Frames sind in den Artikeln aus dem Untersuchungszeitraum nachweisbar?
- Wie häufig kommen diese Frames in den Artikeln vor?
- Wie ausdifferenziert sind die Frames in den Artikeln?
- Welche Meinungszentren lassen sich dadurch feststellen?

---

10 Gatehouse 2015, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=Ib7EkJD08e4>, [Original: 12.02.2015, Abruf: 06.01.2021].

## 1. EINLEITUNG

- Neigen bestimmte Medien zu bestimmten Frames bzw. lassen sich Redaktionslinien in den Frames wiederfinden?
- In welchen thematischen Kontexten/Themenfeldern bewegen sich die Frames?
- Welche personengebundenen Frames sind zu erkennen und wie sind diese gestaltet? Welche normativen Zuordnungen, schematischen oder binären Simplifizierungen von Personen und ggf. welche Ehrverletzungen werden dabei vorgenommen?
- Zu welchen Zeiten treten (neue) Frames auf?
- Welche Themen werden salient gemacht?

Zur Untersuchung der aufgestellten Forschungsfragen standen mehrere Theorietraditionen zur Verfügung, unter denen sich die *Framing-Theorie* für das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit als besonders geeignet herausstellte.

„Die Medien wählen die Informationen aus, thematisieren, kommentieren und vermitteln bestimmte Sachverhalte auf eine bestimmte Art und Weise. Zur theoretischen Beschreibung stützt sich die Forschung dabei verstärkt auf Theorien mittlerer Reichweite wie die Nachrichtenwerttheorie [...], den Agenda-Setting-Ansatz [...] und die Framing-Theorie [...], die sich allesamt in das sozialtheoretische Konzept des Konstruktivismus [...] einordnen lassen.“ (Schleicher 2016, S. 659)

Von den hier genannten theoretischen Begriffen Nachrichtenwert, Agenda-Setting und Framing liegt der Begriff des Framings als kollektives Fürwahrhalten dem der Meinung am nächsten.

Frames sind kognitiv-diskursive, intersubjektive oder intertextuelle Strukturen (Scheufele 2003, 91 ff.) oder Deutungsmuster (Dahinden 2006, 14 ff.) zur sinnhaften Einordnung von Geschehnissen. Sie bestehen aus einer Themensetzung, einer Bewertung dieses Themas, einer für die Situation verantwortlich gemachten Partei und einer Handlungsaufforderung. Sie finden statt im Denken, im sinnhaften Begreifen der Welt und ihrer Phänomene, im Formulieren und Kommunizieren, und finden ihren Niederschlag in Texten, aus denen sie zu den Leser:innen sprechen. Bezogen auf die Funktionsweise von Journalismus und Medien lassen sich dabei journalistische Frames, also Denkmuster in und zwischen den handelnden Personen, von Medien-Frames unterscheiden, die in den Texten oder medialen Erzeugnissen nachweisbar sind und in denen sich erstere niederschlagen.



„Innerhalb des Englischen stehen wiederum zwei Begriffe zur Auswahl: Mit dem Begriff des *Framing* können all diejenigen Begriffe bezeichnet werden, bei denen Deutungsmuster in der Informationsverarbeitung aktiviert werden. Als Resultat solcher Framing-Prozesse entstehen *Frames*, welche als empirisch identifizierbare Objekte im Bewusstsein von Individuen oder als Merkmale von Texten erkennbar sind.“ (Ebd., S. 28)

Die Framing-Theorie findet vermehrt Zuspruch (vgl. Matthes 2014b, S. 17; Brosius 2007, S. 95), was allerdings das Problem der mittlerweile verbreiteten theoretisch-methodischen Unschärfe in den Begriffen und Definitionen stellenweise auch verstärkt hat (vgl. Diskussion in Kapitel 4.1). Die sehr umfangreiche und dabei stets weiterentwickelte Theoriegeschichte ist aber auch ein klarer Vorteil des Framing-Konzepts. Aufbauend auf der konstruktivistischen Grundannahme, dass Menschen sich nur über Konstruktionen zur Welt verhalten und diese verstehen können und dass darüber jedes Weltverständnis notwendigerweise konstruiert ist, nutzt Bateson den Begriff des Frames als (psycho-)logischen Rahmen, der Informationen einschließt und damit besonders salient macht sowie andere ausschließt. Als Organisationsprinzip kann er zur Metakommunikation darüber dienen, ob etwas bspw. ein Spiel oder ein Ritual ist (Kapitel 3.2.3). Sein Zeitgenosse Schütz legt die Aufmerksamkeit zwar nicht auf den einzelnen Rahmen, sondern auf die „*universalen Strukturen subjektiver Orientierung in der Welt*“ (Luckmann 1979, S. 198), liefert aber über die Begriffe der Lebenswelt und des Wissensvorrats die theoretische Grundlage für eine konstruktivistisch-phänomenologische Framing-Theorie (Kapitel 3.2.4). Schließlich ergänzt Goffman eine Weiterentwicklung für den Begriff mit der intersubjektiven Ebene sozialer Situationen, in denen wir Frames weitergeben oder annehmen, mit ihnen begreifen und Situationen Sinn und normative Richtung verleihen.

Zur Relevanz des Framing-Konzepts beigetragen haben über die letzten Jahrzehnte einerseits eine gewisse Verbreitung im deutschen Alltags-Sprachgebrauch sowie andererseits die Fortsetzung derselben Begrifflichkeit in der Künstlichen Intelligenz, wo ein Frame als „besondere Datenstruktur für die begriffliche Repräsentation von Objekten und stereotypen Situationen in Modellen künstlicher Intelligenz“<sup>11</sup> verstanden wird. Für die Kommunikationswissenschaft und Soziologie ist jedoch besonders von

---

11 URL: [https://www.duden.de/rechtschreibung/Frame\\_Rahmen\\_Bild\\_Spiel](https://www.duden.de/rechtschreibung/Frame_Rahmen_Bild_Spiel), [Abruf: 19.10.2021].

Bedeutung, dass die Framing-Theorie spätestens seit Goffmans Definition der Rahmen-Analyse (vgl. Kapitel 3.2.6), Entmans Definition der vier Frame-Elemente sowie der Definition zur Operationalisierbarkeit durch Matthes/Kohring (Kapitel 4.1) eine Standardisierung im methodischen Vorgehen erlaubt, auf der auch diese Arbeit aufbaut. Auf die hier erprobte Weise entsteht aus den Texten selbst das Codebuch als Verzeichnis an Metadaten, die in den untersuchten Artikeln enthalten sind und codiert werden können und deren Auswertung es dann erlaubt, Meinungskonzentrationen über die untersuchte Textmenge hinweg zu eruieren.

Das gewählte *Forschungsdesign* trifft seine zeitliche Auswahl über die Schlüsselereignisse (vgl. zusammengefasst Arendt et al. 2017, S. 137–138) von der Absetzung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch in Abwesenheit am 22. Februar 2014 bis hin zur Annexion der Krim durch die Unterschrift des russischen Präsidenten Wladimir Putin am 21. März 2014 unter das verfassungsändernde Gesetz zur Aufnahme der Krim in die russische Föderation. Aus den zehn reichweitenstärksten überregionalen Printmedien in Deutschland (Bild, FAZ, Focus, Handelsblatt, Spiegel, Stern, SZ, taz, Welt, Zeit) wurden mittels eines intersubjektiv nachvollziehbaren und iterativ präzisierenden Kriterienkatalogs Aufmacher, Leitartikel und kommentierende Textgattungen ausgewählt und in die Auswahlgesamtheit der Studie aufgenommen.

Der Prozess, in den Artikeln Medien-Frames zu identifizieren, vollzog sich als Wechselspiel von Codierung<sup>12</sup> der Textstellen und iterativer Sortierung sowie Optimierung der dabei sukzessive entstehenden Codes. Alle Schritte wurden in einem Forschungs-Logbuch festgehalten und auf Gütekriterien hin überprüft. Am Anfang stand dabei eine Exploration, während der das Material gesichtet und auf mögliche Forschungsanlagen hin reflektiert wurde. Es folgte eine Stichprobe an ausgewählten Artikeln, während der zunächst die Frame-Elemente (Problemdefinition, Bewertung, Verantwortlichkeit und Handlungsempfehlung) identifiziert und daraus unter Anwendung der operationalisierbaren Frame-Definition über die Medien hinweg klassifiziert und zu Frames zusammengefügt wurde. Das so entstandene Codebuch wurde im Nachgang intersubjektiv konsolidiert. Auf Grundlage dieses konsolidierten Codebuchs wurde mit etwa zehn Prozent des Materials ein Pretest zur Überprüfung der Forschungsanlage durchge-

---

12 Codierung bedeutet das Zuordnen von Codes zu Teilen des Datenmaterials bzw. im vorliegenden Fall eines Artikels. Dabei werden Kategorien induktiv aus dem Text heraus gebildet und die betreffende Textstelle mit der Kategorie verknüpft. (Vgl. Rädiker und Kuckartz 2019, S. 5.)

führt. Mindestens zwei unterschiedliche dieser Frame-Elemente waren notwendig, damit ein Frame für einen Artikel als gegeben angesehen wurde. Nach positivem Ergebnis des Pretests folgte die eigentliche Medien-Frame-Analyse an den 548 Artikeln der Auswahlgesamtheit, während der nur noch vereinzelt letzte Optimierungen am Codebuch vorgenommen wurden.

Der inhaltliche Schwerpunkt der Berichterstattung, die dieser Arbeit zu Grunde liegt, die *Ukraine-Krise* wird in den Kapiteln 2.2 bis 2.4, besonders ausführlich in Kapitel 2.3 entlang thematischer Linien dargestellt. Hier in der Einleitung folgt nun eine nach Regionen gegliederte Wiedergabe, der ein kurzer Exkurs über Schreibweisen kyrillischer Eigen- und Ortsnamen im Deutschen vorangestellt wird.

Zur Wiedergabe von Eigen- und Ortsnamen aus den kyrillisch geschriebenen slawischen Sprachen, zu denen sowohl Russisch als auch Ukrainisch zählen, sind im Deutschen unterschiedliche Schreibweisen möglich. Bei der Transliteration handelt es sich um die „Umwandlung einer Buchstabenschrift in eine andere, so daß die Ursprungssprache buchstabengetreu wiedergegeben wird“, beim Transkribieren hingegen „um die Umwandlung einer Schrift in eine andere, wobei die Ursprungssprache möglichst lautgetreu wiedergegeben werden soll“. (Wahrig 1986, S. 1290)

Reck verweist 1986 darauf, dass wegen der Schreibweise des Namens Chruschtschow ganze Redaktionskonferenzen stattgefunden hätten, da in diesem Namen beinahe jeder Buchstabe ein Problem sei:

„Manche deutsche Zeitungen schreiben „Chrutschow“, andere bilden sich etwas darauf ein, „Chruschtschew“ zu schreiben [...] Vielleicht meint noch irgendeine Zeitschrift, sie müßte auf englische und französische Art am Anfang „kh“ schreiben (englisch: Khrushchov, französisch: Khrouchtchov).“ (Reck 1961, S. 179–180)

*Transliterationen* haben den Vorteil, dass sie durch die möglichst genaue Wiedergabe der kyrillischen Buchstaben durch lateinische Buchstaben im besten Falle eine Rekonstruktion der Original-Schreibweise aus der Übersetzung, quasi eine Rück-Übersetzung erlauben, weshalb sie besonders in der Wissenschaft Verwendung finden. Im Bereich der Massenmedien jedoch, wo Lesbarkeit und Zugänglichkeit im Vordergrund stehen, wird meist eine Form der *Transkription* gewählt, also eine möglichst genaue Wiedergabe der auszusprechenden Laute in die für die Leserschaft zugänglichen römischen Alphabet. Wenn seine Darstellung auch nicht mehr dem heutigen Stand der Sprachwissenschaft entspricht, so formuliert Reck dennoch eben diesen Anspruch der Verständlichkeit: Den Leser:innen sei

eine komplexe wissenschaftliche Transliteration aus einer ausländischen Buchstabenschrift nicht zumutbar. Auch eine Einheitlichkeit konnte weder in den Transliterationen noch in den Transkriptionssystemen hergestellt werden.<sup>13</sup> Ein besonderer Graben tut sich mittlerweile auf, wo im Falle ukrainischer Begriffe häufig die Transkription aus dem Russischen verwendet wird, was von ukrainischer Seite aus politischen Gründen zunehmend kritisiert wird.<sup>14</sup> Es existiert mit National 1996 mittlerweile ein Umschriftsystem, das sowohl die Ukraine selbst als auch die Vereinten Nationen verwenden und das offiziell abgesegnet ist. Es erlaubt, besonders die ukrainischen geografischen Bezeichnungen anstelle der noch immer weit verbreiteten russisch basierten Schreibweisen zu transportieren, ist jedoch ebenfalls nicht statisch, sondern wurde mit dem Working Paper No. 21 im Jahr 2011 weiter angepasst: „The new approved Table is a bit different from the Table of 1996“ (United Nations Group of Experts on Geographical Names 2011, S. 4).

Im Falle der Hauptstadt der Ukraine wird medial in der Regel die russische Transkription Kiew verwendet, die ans Ukrainische angelehnten Schreibweisen dagegen sind die Transkription Kyjiw, sowie die Transliteration Kyjiv, die derzeit mit mehr Nachdruck eingefordert wird. Gleiches gilt für den in dieser Arbeit der Verbreitung halber Maidan buchstabierten Platz, dessen Transkription Majdan Nesaleschnosti und dessen Transliteration Majdan Nezaležnosti aus dem Ukrainischen hier aber ebenfalls genannt werden müssen.

Da es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine Medien-Analyse handelt, müssen sprachwissenschaftliche Zusammenhänge in den Hintergrund rücken. Es werden daher im Folgenden die gängigen Schreibweisen aus den Texten des Untersuchungskorpus herangezogen als diejenigen, die in

---

13 Große Verbreitung in der Wissenschaft findet mittlerweile die International Scientific Transcription, wobei Linguist:innen Transliterationen bevorzugen. An Transkriptions- wie Transliterationssystemen gibt es mittlerweile eine Vielzahl, einige davon auch in ISO genormt wie bspw. die aktuelle ISO 9:1995.

14 Aktuell wird etwa vom Dachverband der ukrainischen Organisationen in Deutschland gefordert, auf die russischen Transliterationen und Transkriptionen zu verzichten und anstelle dessen die ukrainischen zu verwenden. Dafür stellen sie zwar ein Tool bereit, das sich aber in der praktischen Umsetzung als nicht geeignet erweist. Dass es sich dabei um aktuelle und neu aufkommende politische Forderungen handelt, zeigt sich daran, dass auch Pressemitteilungen und Web-Content der Webseite desselben Dachverbands selbst (noch) die alten, oft russischen Transkriptionen verwenden. Ukrainische Dachverbände: (vgl. <https://www.dach-ukraine.de/de/2-uncategorised/207-kiew,-kyiv-oder-kyjiw.html>, [Abruf: 10.11.2021]).

der Berichterstattung üblicherweise Verwendung finden. In der Einleitung wird wo immer möglich die ukrainische Transliteration in Klammern ergänzt, was jedoch aus forschungsökonomischen Gründen für den Rest der Arbeit entfällt. Zitate werden in der gesamten Arbeit nicht verändert, daher wird innerhalb zitierter Passagen die Transkription oder Transliteration der zitierten Autor:innen verwendet.

Kiew (Kyjiw), Maidan (Majdan): Von 2013 auf 2014 kommt es zu Massenkundgebungen und -protesten in Kiew, besonders auf dem zentralen Maidan (Majdan Nezaležnosti), zu deutsch „Unabhängigkeits-Platz“. Die unter wirtschaftlichen Problemen und Korruption leidende Ukraine befindet sich zu diesem Zeitpunkt bereits einige Jahre in Verhandlungen mit der EU um ein „Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits“ (vgl. Europäische Union [Abruf aktuelle Fassung: 2021]). Ende November 2013 kommt Präsident Viktor Janukowitsch (Janukovič) zum Schluss, die Vorbereitung zur Unterzeichnung des Abkommens zugunsten einer wirtschaftlichen Anbindung an Russland abzubrechen und löst damit Proteste aus. Aufgrund seines autoritären Durchgreifens gegen die Protestierenden verstärkt sich deren Frust, die Proteste wachsen an und geraten außer Kontrolle. Es kommt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und die ersten Menschen sterben, u.a. weil Scharfschützen in die Menge der Protestierenden schießen. Im Februar 2014 reist ein internationaler Krisenstab aus Vertretern der EU sowie Russland in die Ukraine, mit der Absicht zwischen Regierung und Protestierenden zu vermitteln. Zunächst scheint eine Lösung gefunden, Präsident und mehrere Oppositionsführer unterzeichnen einen Vertrag zur Beilegung der Krise. Viele der Protestierenden und Vertreter verschiedener oppositioneller Gruppen lehnen diesen Kompromiss jedoch als unzureichend ab, sie fordern vielmehr den Rücktritt des Präsidenten. Daraufhin verlässt der Präsident ohne Erklärung und im Geheimen das Land. Am Tag danach, dem 22. Februar 2014, wird er in Abwesenheit des Amtes enthoben, in den folgenden Tagen ein Übergangspräsident ernannt und eine Übergangsregierung gebildet mit dem Ziel zügiger Neuwahlen.

Halbinsel Krim: Im Zuge der Proteste in Kiew kommt es auch auf der Krim, der einzigen ukrainischen Region mit einer ethnisch russischen Bevölkerungsmehrheit, zu Demonstrationen und gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Unterstützer:innen und Gegner:innen des Maidan. Russland sieht in den Auseinandersetzungen ebenso wie in der neuen Kiewer Übergangsregierung eine Gefahr für ethnische Russen auf ukrainischem Staatsgebiet und legitimiert sein Vorgehen daher mit der Aussage, diese

schützen zu wollen. Überdies befürchtet Russland, die Hoheit über seine auf der Krim stationierte Schwarzmeerflotte zu verlieren, mit Sewastopol (Sevastopol') als Russlands einzigem ganzjährig eisfreien Hafen. Soldaten, zunächst ohne Hoheitsabzeichen, besetzen Ende Februar 2014 das Parlament und das Regierungsgebäude der Krim sowie den Flughafen der Hauptstadt Simferopol (Simferopol') (vgl. Kappeler 2015). Innerhalb eines kurzen Zeitraums werden Beschlüsse auf der Krim und in Russland gefasst, um die Krim in die russische Föderation einzugliedern. Am 27. Februar wählt das Parlament der Krim in Anwesenheit russischer Soldaten, weiterhin ohne Abzeichen, eine neue Regierung mit Sergej Aksjonow (Sergey Aksenov), Chef der Partei Russische Einheit auf der Krim, an der Spitze. Am 11. März beschließt das Parlament der Halbinsel die Unabhängigkeit, Aksjonow wird erster Ministerpräsident der neu ausgerufenen Autonomen Republik Krim. Bereits fünf Tage später, am 16. März, führt die neue Regierung ein Referendum zur Eingliederung der Krim in die Russische Föderation durch, gefolgt von ersten Sanktionen der USA und der EU gegen Russland. Am 21. März ratifiziert der russische Föderationsrat, das Oberhaus des russischen Parlaments, den Vertrag, Putin unterschreibt das Gesetz und gliedert damit sowohl faktisch wie nach russischem Recht die Krim in die russische Föderation ein. In der Folge verschärfen sich sowohl der diplomatische Konflikt Russlands mit dem Westen (EU und USA) als auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Süden und Osten der Ukraine.

Süden und Osten: Im Süden und Osten der Ukraine (Donezk [Donec'k], Luhansk [Luhans'k], Charkiw [Charkiv], Dnipropetrowsk [Dnipropetrows'k], Saporischschja [Zaporizžja], Mykolajiw [Mykolaïv], Odessa [Odesa]) beteiligen sich deutlich weniger Menschen an den Protesten gegen die Regierung als im Westen. Im Gegenteil kommt es hier zu sogenannten „Anti-Maidan“-Protesten, denn in diesen Gebieten hat die regierende, nach Russland orientierte Partei der Regionen traditionell ihre Macht- und Wählerbasis. Die ökonomischen Verflechtungen mit Russland sind vielfältig und auch die ethnischen sowie die kulturell-sprachlichen Zugehörigkeiten sind näher an Russland als im Rest des Landes. Auf Demonstrationen (mit starkem Zulauf für einen pro-russischen Kurs) kommt es zu Zusammenstößen zwischen Befürwortern und Gegnern (nicht gegendert, vgl. „Formales“ weiter unten) des Maidan:

„Die Mobilisierung des Ostens begann Anfang März mit Großdemonstrationen in den Gebietshauptstädten, vorab in Donec'k, Luhans'k und Charkiv. Sie waren von Anfang an von Gewalt begleitet [...] Am 01. März demonstrierten 20 000 Menschen mit prorussischen Parolen

in Charkiv, besetzten das Gebäude der Gebietsverwaltung und vertrieben die Euromajdan-Demonstranten. [...]“ (Simon 2014, S. 34)

Der hier als Süden und Osten der Ukraine bezeichnete Raum umfasst ein großes Territorium mit einer heterogenen Einwohnerschaft und wird in dieser Arbeit immer wieder Thema sein (besonders Kapitel 2.3.3). Im Süden und Osten sind die traditionellen Industriezentren, aber auch Zentren von Wissenschaft und Dienstleistungen angesiedelt, und wie die gesamte Ukraine ist auch dieses Gebiet regional sehr unterschiedlich. Diese Regionen teilen mit vielen anderen das Problem, dass der ukrainische Staat in weiten Teilen dysfunktional ist, Macht und Geld auf Oligarchen hin konzentriert sind und Politiker:innen Eigeninteresse vor Staatsraison stellen. Besonders in Donezk und Luhansk entwickeln sich in dieser Zeit „gewaltsame Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund einer regional zerklüfteten Gesellschaft“ (vgl. Segert 2014, S. 5). Russland wird vorgeworfen, diese Landesteile absichtlich zu destabilisieren. In Charkiw und den anderen Teilen des Südens und Ostens beruhigt sich die Lage schnell wieder, Separatisten übernehmen nur kurzzeitig das Hauptverwaltungsgebäude, müssen aber wieder ukrainischen Kräften weichen. In den anderen beiden Städten eskaliert der Konflikt und es entzündet sich ein anhaltender territorialer Konflikt im gesamten Donezkbecken, kurz Donbass, bestehend aus den Oblasten (Regionen) Donec’ka und Luhans’ka (benannt nach ihren Hauptstädten Donezk und Luhansk).

Donbass: Im Zuge der Maidan-Proteste sowie der Machtverschiebung und politischen Neuordnung auf der Krim bilden sich im Donbass, wo pro-russische Kräfte ebenfalls eine Unabhängigkeit und größere Nähe zu Russland erreichen wollen, die bis zum Kriegsausbruch 2022 gewalttätigsten und stärksten Konflikte heraus. Im Donbass leben 16 Prozent der ukrainischen Gesamtbevölkerung, von denen ein hoher Anteil russisch und russischsprachig ist mit starken Bindungen an die Sowjetunion bzw. Russland (Fischer 2019, S. 7).<sup>15</sup>

Im Zuge der Demonstrationen vom 01. März stürmen pro-russische Aktivisten das Gebäude der Regionalverwaltung in Donezk. Die anwesende Menge ‚wählt‘ – demokratisch nicht legitimiert – Pavel Gubarew (Gubarev) zum ‚Volks-Gouverneur‘, der zum Sturz der Machthaber in Donezk und in Kiew aufruft und wenige Tage später deswegen verhaftet wird. (Simon 2014, S. 34) In diesen Gebieten glaubt eine Mehrheit, der Sturz

---

15 Russisch ist eine polyzentrische Sprache; russischsprachig bedeutet in der Ukraine daher nicht automatisch eine russische Nationalität.



## 1. EINLEITUNG

des demokratisch gewählten Präsidenten sei ein mit Hilfe des Westens durchgeführter Staatsstreich<sup>16</sup>. (Simon 2014, S. 33–35) Die Loyalität dieser Kräfte gilt aus historischen wie wirtschaftlichen Gründen Russland, das nun auch militärisch mitmischt, was aber zu einem (territorial begrenzten) offenen Krieg zwischen den pro-russischen und von Russland gestützten Separatisten auf der einen und dem ukrainischen Militär auf der anderen Seite führt.

„[Russland] unterstützte mit Kriegsgerät, kleineren militärischen Verbänden und einzelnen Offizieren separatistische Milizen. Diese besetzten die wichtigsten Städte des Donbass und errichteten dort eine Willkürherrschaft. Im April wurden die ‚souveränen Volksrepubliken‘ Donezk und Luhansk ausgerufen, die sich am 11. Mai 2014 in einem fragwürdigen Referendum für selbstständig erklärten.“ (Kappeler 2015, S. 20)

Die nach dem Machtwechsel in Kiew neu in Verantwortung gelangten Kräfte der Übergangsregierung sind mit den vielen Konflikt- und Krisenherden auf dem Staatsgebiet zunächst überfordert und können einen gewissen Machtgewinn der Separatisten nicht verhindern. Als Teil einer Anti-Terror-Operation (ATO) eingesetzt, kaum funktionsfähige ukrainische Streitkräfte, ergänzt von privat organisierten Freiwilligen-Bataillonen, erleiden im April 2014 zunächst herbe Niederlagen gegen die russisch unterstützten Milizen im Osten, die zunehmend durch Kämpfer und schwere Waffen aus Russland verstärkt werden.

„Mit der Zeit gelang es der ukrainischen Seite jedoch, sich militärisch besser zu organisieren und von den Separatisten besetzte Orte zurückzuerobern. [...] 2014 und 2015 waren die verlustreichsten Kriegsjahre. Die Vereinten Nationen zählten bis November 2015 etwa 9100 Tote und 20 700 Verletzte (neuere Erhebungen zeigen Abweichungen).“ (Fischer 2019, S. 9)

Die *Notwendigkeit der hier vorgelegten empirischen Studie* ergibt sich aus der im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise – als Krise erster Ordnung – vielfach diskutierten Frage nach einer Krise des Journalismus – als Krise

---

16 Diese unterschiedliche Einschätzung in der ukrainischen Öffentlichkeit spiegelt sich auch in der Wissenschaft, wenn bspw. die Politologin Petra Stykow die These vom „verfassungswidrigen Schritt“ detailliert darlegt und dabei Bezug nimmt auf die Argumentationen ihres Kollegen Simon (vgl. Osteuropa 5–6 2014, S. 41 – 60), der hingegen eine stark pro-Maidan Position vertritt.



zweiter Ordnung. Dafür lassen sich ein wissenschaftlicher und ein gesellschaftlicher Grund formulieren.

Der wissenschaftliche Grund dafür ist die bisherige Lücke in der empirischen Forschung. Eine breit angelegte empirische Studie über die Berichterstattung zur Ukraine-Krise liegt, wie eingangs gesagt, bisher nicht vor, was in Anbetracht des breiten Diskurses in der Öffentlichkeit überrascht (anders als bei dem anderen großen Aufreger-Thema dieser Zeit: der Berichterstattung über Geflüchtete – siehe nächster Absatz). Wohl wird das Framing-Konzept zur empirischen Erforschung der Berichterstattung verwendet, dies jedoch abhängig vom Forschungsdesign und -schwerpunkt mehr oder weniger stark mit anderen Ansätzen verknüpft. Bezogen auf den deutschen Sprachraum und seit dem Untersuchungszeitraum 2014 lassen sich viele solcher Studien identifizieren, von denen hier nur eine kleine Auswahl genannt werden kann. Sie arbeiten in Bezug auf die deutsche und andere Medienlandschaften und stellen der Berichterstattung zu verschiedenen Themen je unterschiedliche Zeugnisse aus.

So beschäftigt sich die Haller-Studie der Otto-Brenner-Stiftung (Haller 2017) mit der Berichterstattung in Deutschland zur sogenannten Flüchtlingskrise und kommt

„zu dem Ergebnis [...], dass der tagesaktuelle Informationsjournalismus seiner Aufgabe bei der Berichterstattung über die „Flüchtlingskrise 2015/16“ nicht gerecht wurde: Indem er einseitig, meist aus Sicht der politischen Eliten und meinungsbetont berichtete, wirkte er nicht diskursiv, sondern polarisierend.“<sup>17</sup>

Diese und manch andere Studien sind in wiederkehrende Überprüfungen eingebettet, bspw. stellte Haller im Jahr 2018 die Verbindung zwischen der zuerst untersuchten „Flüchtlingskrise“ und dem UN-Migrationspakt her und untersuchte die Entwicklung seiner eigenen Ergebnisse. Was die Ergebnisse waren, würde an dieser Stelle zu weit (weg vom Thema der Arbeit) führen. Für die vorliegende Arbeit ist ein ähnlicher Versuchsaufbau denkbar zur Berichterstattung über Ausbruch und Entwicklungen des Krieges in der Ukraine, um mögliche Kontinuitäten, Schwerpunktverschiebungen und neu auftretende Themen zu identifizieren.

---

17 Haller 2019, URL: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien-2021/zwischen-fluechtlingskrise-und-migrationspakt/>, [Original: 20.05.2019, Abruf: 22.10.2021].

Weitere gegenwärtige, empirisch breit angelegte Studien<sup>18</sup> verbindet ein Interesse für die Funktionsweisen und aktuelle Verfasstheit der Medienlandschaft ebenso wie die Sorge um die demokratische Öffentlichkeit und unser Leben darin, somit auch außenpolitische Themen und wie wir die Welt wahrnehmen. Sie werden oft als Dissertationen verfasst und/oder als Teile von Schriftenreihen herausgegeben, so auch das „Jahrbuch Qualität der Medien“ des schweizerischen Forschungszentrums Öffentlichkeit und Gesellschaft fög, das in seiner Studie 01/2020 die Qualität der Corona-Berichterstattung untersucht. (Vgl. Eisenegger et al.) In dieser Studie wird wie in vielen weiteren zur „Analyse der Vielfalt, der Relevanz und der Deliberationsqualität zum Thema Corona [...] eine automatisierte, computerbasierte sowie eine manuelle quantitative Inhaltsanalyse durchgeführt.“ (Eisenegger et al., S. 4) Auch und gerade in der Corona-Zeit spielt die China-Berichterstattung in den deutschen Medien eine Rolle, mit der sich eine aktuelle Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung von Changbao et al. beschäftigt, die sich dem Thema über eine quantitative Inhaltsanalyse mit qualitativer Vertiefung nähert. (Vgl. Changbao et al. 2021) Weiterhin in diesem Zusammenhang zu nennen ist die Dissertation und Studie zur Presse über den Rechtspopulismus in den Niederlanden (Krause 2017), die als Teil der Reihe International Studies on Populism erschienen ist und durch ein gesellschaftspolitisch relevantes Thema sowie die Frage nach der Rolle der Journalist:innen darin initiiert wurde:

„Diese Arbeit [...] setzt [...] als Ideal voraus, dass die niederländischen Journalisten den in der genannten Forschungsliteratur skizzierten Aufgaben bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtspopulismus durch ausgewogene, inhaltsorientierte und in die Tiefe gehende Beiträge gerecht werden.“ (Krause 2017, S. 19)

Mit den genannten und ähnlich gelagerten Studien verbindet die vorliegende Arbeit neben ihrer wissenschaftlich ähnlichen Anlage der gesellschaftliche Grund für die Auseinandersetzung. Er liegt in der Annahme, dass empirische Forschung viel beizutragen hat zu einer normativen Beobachtung der Gesellschaft und dass eine wahrgenommene Krise der normativen Rolle des Journalismus in der Gesellschaft (vgl. zur genaueren Diskussion die Kapitel 3.3 und 6) ein Problem für die Demokratie darstellt:

---

18 Da hier die Systematik und nicht der Inhalt der Studien im Fokus stehen, werden keine Ergebnisse reflektiert. Sie würden den oft komplexen Studienergebnissen durch die Wiedergabe von zwei Sätzen nicht gerecht.

„Bereits 2005 haben Rudolf Gerhardt, Hans Mathias Kepplinger und Marcus Maurer im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gemahnt, dass jede Journalismuskrise auch eine Krise der demokratischen Öffentlichkeit sei.“ (Hanitzsch et al. 2019, S. 1)

## Formales

Sofern möglich, werden geschlechter- oder genderneutrale Bezeichnungen verwendet. Fehlen solche Begriffe im Deutschen, erfolgt das dann notwendige Gendern meist über den Genderdoppelpunkt, sonst über die Nennung der binären Geschlechter weiblich und männlich. Da es beim Gendern vorrangig um das Sichtbarmachen des weiblichen Geschlechts geht,<sup>19</sup> wird nicht gegendert, wo der Nachweis im Material fehlt, dass Frauen überhaupt involviert waren. In vielen Fällen macht diese Arbeit dadurch keine Aussage darüber, ob Frauen tatsächlich nicht involviert waren, sondern stellt nur fest, dass ihre Beteiligung im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht untersucht werden konnte. Ebenfalls nicht durchgängig gegendert wurde bei den Codes wegen der Zeichenbegrenzung durch die Software.

Bei der Transkription russischer, ukrainischer, tatarischer und weiterer Namen wird im Folgenden wie oben erläutert die gängige Schreibweise aus dem Textkorpus der deutschen Presse-Artikel gewählt.

Die Namen der verwendeten Zeitungen werden wie folgt verwendet: BILD = Bild; Focus = Focus; Frankfurter Allgemeine Zeitung = FAZ; Handelsblatt = Handelsblatt; Der Spiegel = Spiegel; Süddeutsche Zeitung = SZ; taz, die tageszeitung = taz; Die Welt = Welt; Die Zeit = Zeit.

In Zitaten zeigen eckige Klammern an, dass eine Auslassung durch die Autorin erfolgt ist, ebenfalls in eckigen Klammern, aber zusätzlich gekennzeichnet über die Initialen KK, stehen Anmerkungen der Autorin. Zitiert wurde nach dem Basis-Stil von Citavi, einem Programm zur Literaturverwaltung. Internetquellen werden unter Angabe der Links, der Erstveröffentlichung und des Abrufdatums in Fußnoten zitiert.

Die Medien-Frame-Analyse wurde via MAXQDA durchgeführt, einer in den Sozialwissenschaften gängigen Software zur Daten- und Textanalyse. Näheres zum Programm und seiner Anwendung für die vorliegende Analyse findet sich in Kapitel 4.5.1.

---

19 Weitere Geschlechter sind für den hier untersuchten Forschungsansatz weder zu eruieren noch im Rahmen der Analyse aussagekräftig und werden daher im Folgenden nicht separat genannt.